

Klimaneutralität 2035?

Vergangenen Freitag debattierte der Klimaausschuss über das Stuttgarter Klimaneutralitätsziel 2035. Nach Präsentationen der Stadtverwaltung und der Stadtwerke zu Maßnahmen wie beispielsweise Wärmeplanung, Ausbau von Fotovoltaik sowie dem Erwerb bundesweiter Windkraftanlagen folgte eine kontroverse Diskussion des Rates über deren Wirksamkeit und Umsetzbarkeit.

Für die CDU-Fraktion ist ein ambitioniertes Klimaneutralitätsziel grundsätzlich sinnvoll, um alle Akteure zu motivieren. Entscheidend ist jedoch, dass Maßnahmen wirtschaftlich tragfähig bleiben, da die Wirtschaft – insbesondere die Automobilindustrie – mit ihren Gewerbesteuern den Klimaschutz finanziert. Stuttgart steht vor massiven Herausforderungen: Das geplante EU-Verbrennerverbot ab 2035 gefährdet die Wertschöpfung der hiesigen Automobilbranche, die das wirtschaftliche Rückgrat unserer Stadt bildet. Kritik aus grün-linken Kreisen an der Initiative des Oberbürgermeisters für einen Autogipfel ist daher unbegründet. Technologieoffene Lösungen wie E-Fuels müssen ernsthaft in Betracht gezogen werden, um unsere Industrie zu erhalten und gleichzeitig Klimaziele zu erreichen.

Zudem dürfen private Haushalte auf dem Weg zur Klimaneutralität nicht überfordert werden. In wirtschaftlich angespannten Zeiten darf die Politik nicht rigide Vorgaben für Heizungssysteme oder Gebäudesanierungen machen. Stattdessen muss die Stadt durch gezielte Beratungen und Förderprogramme Anreize schaffen, um klimaschonende Modernisierungen sozial verträglich zu gestalten. Gleichzeitig gilt es, Verständnis zu zeigen, wenn Sanierungen aus finanziellen oder technologischen Bedenken nicht sofort umsetzbar sind. Ohne die Akzeptanz der Bürger droht eine ablehnende Haltung gegenüber dem Klimaschutz, die sich langfristig auch in Wahlergebnissen widerspiegeln könnte.

Fazit: Ambitionierte Klimaziele setzen wichtige Impulse. Entscheidend ist jedoch, dass auf dem Weg zur Klimaneutralität weder die Wirtschaft noch die Bürger überfordert werden. Eine stabile wirtschaftliche Basis ist essenziell, da letztlich die Unternehmen mit ihren Gewerbesteuern den Klimaschutz finanzieren. Ein überzogener Kurs würde hingegen die gesellschaftliche Akzeptanz gefährden – mit negativen Folgen für den Klimaschutz insgesamt. Wer langfristigen Erfolg will, muss Klimaschutz, Wirtschaft und soziale Realität in Einklang bringen.